

Personalien

Michael Zint wird neuer CEO der apt Holding GmbH



Michael Zint, CEO apt Holding GmbH

Michael Zint ist seit 1. Oktober 2021 neuer CEO der apt Holding GmbH, Monheim. Er folgt auf Thomas Boddenberg, der in Doppelfunktion seit Oktober 2019 an interimistisch als CEO der apt Holding GmbH neben seiner Tätigkeit als Geschäftsführer der apt Extrusions GmbH & Co. KG tätig war. Diese Funktion hat er jetzt wieder übernommen.

Michael Zint kommt von der ST Extruded Products GmbH, wo er als Managing Director von 2015 bis 2021 die Geschäftsführung bekleidete und die Gesamtverantwortung der ST Extruded Products Group hatte. Der Aluminiumbranche ist der gebürtige Österreicher seit Mitte der Neunziger Jahre durch verschiedene Führungspositionen in verschiedensten Ländern verbunden.

„Michael Zint hat einen tiefen Einblick in die Entwicklungsrichtung der aluminiumverarbeitenden Industrie und verfügt über ein tiefes Verständnis des Aluminiumextrusions- sowie des Profilbearbeitungsmarktes in Europa, insbesondere verfügt Herr Zint über umfangreiche Managementenerfahrung in aluminiumverarbeitenden Unternehmen“, so Ao Bo, Aufsichtsratsvorsitzender der apt Gruppe. „Wir glauben, dass der Beitritt von Michael Zint zur apt Group eine bedeutende Rolle bei der Verbesserung der Marktwirkung der apt Group im Einklang mit der Entwicklungsstrategie des Gesellschafters der Mengtai Group spielen wird.“

„Kaum eine andere europäische Aluminiumgruppe besitzt ein solches Potenzial, das zeitgleich mit so viel Tradition und Innovation verbunden ist, wie die apt Gruppe“, so Michael Zint. „Ich freue mich darauf, dieses Potenzial gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiter konsequent auszubauen und in der Entwicklung der apt Gruppe gemeinsam die nächsten Kapitel aufzuschlagen.“

Die apt Group ist eine der führenden Unternehmensgruppen in der europäischen Aluminiumindustrie. Sie produziert, bearbeitet und vertreibt Profile und Produkte aus Aluminium für die Branchen Bau, Transport, Automotive und Industrie. Dabei ist die Gruppe mit ihren vier Produktionsstandorten in die Divisionen apt Extrusions (Strangpressen) und apt Products (Weiterbearbeitung) aufgeteilt. Sie deckt die gesamte Wertschöpfungskette ab – von der Entwicklung, Recycling, Strangpressen, mechanischen Weiterbearbeitung, Oberflächenveredelung (Eloxal und Pulverbeschichtung) bis hin zur Montage und Logistik. Mit etwa 1.000 Mitarbeitern erwirtschaftet sie einen Umsatz von ca. 250 Millionen Euro pro Jahr.

www.apt-alu-products.com

Wechsel in der Geschäftsführung der BAGR

Bei der BAGR Berliner Aluminiumwerk gibt es einen Wechsel in der Geschäftsführung: Oleg Hoffmann wurde zum 1. Oktober 2021 neuer Geschäftsführer, er folgt auf Mustafa Güngör, der am 31. Oktober 2021 in den Ruhestand trat.

Mit Oleg Hoffmann tritt laut BAGR „ein im Markt anerkannter und kompetenter Experte für Metallurgie und Prozesstechnik die Nachfolge von Herrn Güngör an“. Seit vielen Jahren in der europäischen Aluminiumindustrie verantwortlich aktiv und bestens vernetzt, ist Hoffmann seit Oktober 2017 als Betriebsleiter der BAGR tätig. Er habe in dieser Funktion, so die BAGR, maßgeblich an der technischen und personellen Weiterentwicklung der BAGR mitgewirkt und sei mit dem Unternehmen und seinem Wirkungsumfeld bestens vertraut. Unter Leitung von Oleg Hoffmann mache sich BAGR fit für die Herausforderungen einer zunehmend von Nachhaltigkeit geprägten Wirtschaft, in der die Erzeugung von Sekundäraluminium eine herausragende Rolle spiele.

www.bagr.biz



Oleg Hoffmann

Berliner Berichte: November 2021

Industrie rechnet mit grundlegenden Veränderungsprozessen

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat seine 2018 erstellte Studie „Klimapfade für Deutschland“ überarbeitet und an die neuen nationalen Klimaziele angepasst. Verschiedene Szenarien beschreiben volkswirtschaftlich sinnvolle CO₂-Minderungsstrategien für die Bereiche Industrie, Gebäude, Verkehr und Energie.

Ziel der überarbeiteten Untersuchung ist es, einen ausgewogenen Maßnahmenmix zu erarbeiten, der dafür sorgt, dass in allen Sektoren bis 2030 die Ziele erreicht werden und bis 2045 die sogenannte Klimaneutralität erreicht wird. Dabei sollen Wettbewerbsfähigkeit der Industrie sowie eine sozial ausgewogene Kostenverteilung gewährleistet bleiben.

Das aktuelle Klimaschutzgesetz sieht bis 2030 eine Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen gegenüber 1990 um 65 Prozent vor, zehn Prozent mehr als in der alten Fassung. Außerdem gilt als neue Vorgabe die Klimaneutralität bis 2045 anstelle der bisher angestrebten Senkung von 80 bis 95 Prozent bis 2050. Alles in allem also eine ambitionierte Verschärfung der klimapolitischen Vorgaben. Damit geht Deutschland nicht nur deutlich weiter als die EU, sondern leitet nach Einschätzung des Spitzenverbands der deutschen Industrie die größte soziale und ökonomische Veränderung in der Nachkriegsgeschichte ein.

Nach den aktualisierten Berechnungen des BDI würde Deutschland bis 2030 auf

dem bisherigen Pfad etwa 184 Millionen Tonnen Kohlendioxid einsparen. Allerdings wäre dies nur etwa die Hälfte der notwendigen Menge. Um ein Niveau von 438 Millionen Tonnen pro Jahr zu erreichen, müssen zusätzlich rund 860 Milliarden Euro, also rund 100

xid an. Die Stromerzeugung muss weitgehend auf Wind und PV-Technologie sowie Speicher umgestellt werden. Allerdings sind dies nur die größten Herausforderungen. Den Wandel werden auch kleine und mittlere Unternehmen vollziehen müssen. Zentrale

immensen Investitionen leisten zu können.

Die Lösungsvorschläge des BDI liefern keinen Königsweg, sondern offerieren einen breiten Instrumentenmix in allen Sektoren: Dazu zählen eine vollständige Abschaffung der EEG-Umlage und die Verlängerung des Spitzenausgleichs. Ferner müssen Planungs- und Genehmigungsverfahren drastisch verkürzt werden. Der Carbon Leakage Schutz muss nach Ansicht des BDI massiv verstärkt werden, zum Beispiel über mehr freie Zuteilungen von CO₂-Zertifikaten und eine Kompensation bei den Strompreisen. Für die technologischen Umstellungen sind neue europäisch abgestimmte Beihilferegulierungen zu verabschieden. Die CO₂-Bepreisung bleibt ein zentrales Instrument im Klimaschutz. Aus Sicht der Industrie muss dieses Instrument aber international oder sogar global eingeführt werden.

Ob und wie stark die BDI-Vorschläge die laufenden Koalitionsverhandlungen in Berlin beeinflussen, ist noch nicht absehbar. Es hat den Anschein, dass sich die neue Bundesregierung in der künftigen Klimapolitik an die von der bisherigen großen Koalition festgelegten Ziele und Schritte halten wird. Lediglich bei der Kohle wird es zu einem vorgezogenen Ausstiegsdatum kommen. Statt 2038 wird wohl bereits 2030 kein Stein- oder Braunkohlekraftwerk mehr am Netz sein. Allerdings dürfte dies, trotz massiver regionaler Betroffenheit in den Revieren, angesichts des immensen gesamtwirtschaftlichen Veränderungsdrucks ein eher nachgeordnetes Problem darstellen.

Autor: Wieland Kramer



Berichte aus der Bundeshauptstadt

Milliarden Euro pro Jahr, mehr in den Klimaschutz investiert werden als bisher. Ohne dieses Zwischenziel ist die Klimaneutralität bis 2045 nicht zu schaffen, heißt es weiter. Hinter dem Begriff Klimaneutralität verbirgt sich eine CO₂-Reduktion um 41 Prozent gegenüber 2019. Klimaneutralität bedeutet den vollständigen Verzicht auf fossile Brennstoffe und Prozessenergien.

In der Industrie muss die Wärmeerzeugung vollständig auf erneuerbare Energieträger umgerüstet werden und ein großer Teil der Prozessindustrie einen kompletten Technologiewechsel vollziehen. Die chemische Industrie muss sowohl in der Energieerzeugung wie auch beim stofflichen Einsatz vollständig auf fossile Brennstoffe verzichten. In der Stahlindustrie wird die komplette Hochofentechnologie ersetzt werden. In der Zement- und Kalkindustrie steht die Abscheidung und Speicherung von Kohlendio-

Aufgabe dürfte es sein, die Erzeugung von Wärme und Kraft zügig und rentierlich auf erneuerbare Energien umzustellen. Unklar ist, ob sich die Unternehmen dabei allein auf Angebote der Energiewirtschaft verlassen können. Nicht weniger ambitioniert sind die Veränderungen im Verkehrssektor: Elektro- und Wasserstoffantriebe sowie grüne Kraftstoffe erfordern eine umfangliche Erneuerung der Fahrzeugflotte und den Aufbau einer Lade- und Wasserstoff-Infrastruktur.

Zu den offenen Fragen zählt, wie der prognostizierte Anstieg des Stromverbrauchs von derzeit netto rund 500 Terawattstunden pro Jahr auf bis zu 1.000 Terawattstunden im Jahr 2045 gedeckt werden soll, wenn bis dahin alle konventionellen Kraftwerke stillgelegt werden. Vor allem die Industrie braucht auch in Zukunft gesicherte Leistung und auskömmlich Strompreise, um die anstehenden

11. AIUIF-Mitgliederversammlung am 20. Oktober 2021 in Frankfurt/Main

AIUIF Recycling-Volumen für Aluminium steigt auf Rekordniveau

Knapp die Hälfte des im inländischen Bausektor anfallenden Aluminium-Altmaterials wird aktuell im geschlossenen Wertstoffkreislauf neuen Anwendungen im Fenster- und Fassadenbereich zugeführt, erklärte der Vorstandsvorsitzende der Recycling-Initiative AIUIF e.V., Walter Lonsinger, anlässlich der diesjährigen Mitgliederversammlung in Frankfurt/Main.

Die positive Mengenentwicklung sowie Stabilität bei den Mitgliederzahlen wurden wesentlich dadurch bestimmt, dass die Baubranche zunächst nicht so dramatisch von der Coronapandemie betroffen war wie andere Wirtschaftsbranchen, erläuterte Lonsinger. Auch wenn das Niveau der vergangenen Jahre noch nicht wieder erreicht werde, so sei doch die Wirkung der öffentlichen Investitionen erkennbar. Es sei trotzdem eine große Überraschung, so Lonsinger, dass im ersten Halbjahr 2021 mit 44.366 Ton-



AIUIF-Mitgliederversammlung 2021 in der Geschäftsstelle in Frankfurt/M.

nen fast annähernd so viel Aluminium-Schrotte vom AIUIF erfasst und zurück in den Wertstoff-Kreislauf gebracht wurden wie im gesamten Vorjahr (2020 gesamt: 45.642 Tonnen). Dies sei ein unwiderlegbarer Beweis dafür, dass die nachhaltige Verwendung von Aluminium im Baubereich auf breiter Front voranschreite.

Die Mitgliedsunternehmen des AIUIF verpflichten sich, Aluminium aus ihrer Produktion sowie aus dem Rückbau oder dem Abbruch von Gebäu-

den einem geschlossenen Wertstoffkreislauf zuzuführen. Damit gewährleisten sie, dass hochwertige Werkstofflegierungen praktisch ohne Energieverlust und Klimabelastung zur Herstellung von neuen Bauelementen im Fenster- und Fassadenbereich eingesetzt werden und wertvolle Schrotte nicht ins Ausland abfließen.

Derzeit zählt der AIUIF insgesamt 216 Mitgliedsunternehmen, darunter etwa 160 Metallbaubetriebe und 10 Umweltpartner im Bereich

Entsorgung und Aufbereitung. Weiterhin gehören dem Verein alle wichtigen Systemhäuser des Fenster- und Fassadenbereichs sowie etwa 50 Planer und Architekten an.

Neben der Bilanzierung der dem geschlossenen Wertstoffkreislauf zugeführten Schrottmengen widmet sich die Recycling-Initiative Fragen der Bauökologie sowie der Stärkung der Ressourcenschonung im Baubereich. Einen besonderen Arbeitsschwerpunkt bildet der Dialog mit Bau-, Umwelt- und Planungsbehörden auf kommunaler Ebene, wenn Vorbehalte oder Fragen zum Einsatz von Aluminium bestehen. Lonsinger appellierte an Planer und Architekten sowie an öffentliche und private Bauherren, bei ihren Projekten auf eine nachhaltige Verwendung des Werkstoffs Aluminium zu achten. Es könne und müsse noch mehr Altmaterial in den geschlossenen Wertstoffkreislauf geführt werden, damit der Anteil von umweltfreundlich gewonnenem Sekundärmetall in neuen Bauelementen weiter ansteige.

www.a-u-f.com